

Kleine Anfrage

des Abg. Friedrich Haag FDP/DVP

Standortwahl für die geplante Klinik für forensische Psychiatrie in Stuttgart-Bad Cannstatt

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie steht sie zur Feststellung des Ministerpräsidenten, dass die Lage in einem Wohngebiet ein schlagkräftiges Argument gegen den Standort in Bad Cannstatt sei?
2. Welchen Einfluss haben die u. g. Aussagen des Ministerpräsidenten zur erneuten Überprüfung der Standortwahl sowie bezüglich der Lage mitten im Wohngebiet auf die weiteren Planungen für den Standort in Bad Cannstatt?
3. Werden die Planungen für eine forensische Psychiatrie am Standort Bad Cannstatt in Folge dessen eingestellt?
4. Welche weiteren Schritte für die Standortsuche für eine forensische Psychiatrie sind nun geplant?
5. Bis wann ist hier mit einem Ergebnis zu rechnen?
6. Wie viele andere Einrichtungen einer forensischen Psychiatrie gibt es in Baden-Württemberg, die in einem oder nahe eines Wohngebiets gelegen sind (bitte um vollständige Auflistung je Standort)?

20.1.2026

Friedrich Haag FDP/DVP

Begründung

Am 19. Januar 2026 berichtete die Stuttgarter Zeitung online („Demo gegen Maßregelvollzug: Kretschmann will Standort überdenken“) über ein Gespräch von Ministerpräsident Kretschmann mit der „Initiative Deutsche & Migranten-Community Bad Cannstatt“ bei einer Demonstration in Bad Cannstatt. Darin habe der Ministerpräsident angekündigt, das Land wolle Alternativen für den geplanten Standort für eine Klinik für forensische Psychiatrie in Bad Cannstatt prüfen. Das einzige Argument, das gegen den Standort spreche, sei „die Lage mitten im Wohngebiet“. Die Kleine Anfrage will herausfinden, welche weiteren Schritte das Land in der Standortentscheidung für die Forensische Psychiatrie plant.